

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 35 (1956)
Heft: 11-12

Artikel: Der Moskauer Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
Autor: Oeconomicus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336914>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

France. In Großbritannien hatte der mutige Kampf, den die Labour Party gegen die Politik Edens führte, seine Rückwirkungen bis hinein in die Konservative Partei und die Regierung. Eden mußte wegen Überanstrengung sein Amt als Premierminister zeitweilig verlassen. In Rußland tobt der Fraktionskampf im Kreml und innerhalb der Satellitenstaaten.

Von der Entwicklung in diesen Ländern und von der Entschlossenheit der Vereinten Nationen hängt heute die Schicksalsfrage der Menschheit ab: Krieg oder Frieden.

OECOMNICUS

Der Moskauer Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

COMECON und Dezentralisierungsmaßnahmen im Osten

Dieses Gremium, dem heute alle Ostblockstaaten außer China angehören (COMECON = eine angloamerikanische Wortverbindung aus «communist» und «economy»), wurde im Jahre 1949 gegründet. COMECON ist das ost-europäische Gegenstück zur OEEC in Paris (Organization for European Economic Cooperation), wo auch die Schweiz Mitglied ist. Über diese Organisation macht die Sowjetunion auf die einzelnen Teilnehmerstaaten ihren Einfluß geltend. Die Koordinationsbestrebungen innerhalb des Ostblocks erreichen heute nicht nur auf politischem Gebiet, sondern vor allem auch in den wirtschaftlichen Beziehungen dieser Länder untereinander ein solches Ausmaß, daß von einer echten ökonomischen Integration gesprochen werden kann. Die langfristigen Volkswirtschaftspläne der einzelnen Länder werden heute eng aufeinander abgestimmt. Nicht zufällig sind die Perspektiv-Fünfjahrespläne 1956—1960 mit Ausnahme derjenigen von Bulgarien und China am 1. Januar 1956 gleichzeitig in Kraft getreten. Ziel dieses ökonomischen Zusammenschlusses ist, eine enge Verflechtung der einzelnen Nationalwirtschaften zu erreichen. Zwischen den Teilnehmerstaaten wurde eine strenge Arbeitsteilung eingeführt. Neben der Schaffung einer geschlossenen Wirtschaftskraft und den Autarkiebestrebungen sollen vor allem auch die westlichen Produktionsziffern eingeholt und überholt werden. Durch Industrievereinbarungen über die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige ist es auch möglich, Fehlinvestitionen weitgehend auszuschalten und eine organische Verteilung der Produktion zu gewährleisten. Der Schwerpunkt liegt in allen Staaten auf der Entwicklung der Industrie, was auch die Perspektivplanung der letzten Jahre beweist. So verteilen sich die verwirklichten Investitionen in der Sowjet-

union von 1951 bis 1955 auf die einzelnen Wirtschaftszweige prozentual wie folgt: Industrie 56,5 Prozent, wovon Schwerindustrie 50,6 und Leichtindustrie nur 5,9 Prozent, Landwirtschaft 8,3 Prozent, Wohnungsbau 12,2 Prozent, Verkehrswesen 10,6 Prozent und andere Staatsinvestitionen 12,4 Prozent.

In den übrigen osteuropäischen Staaten liegen die Verhältnisse ähnlich:

Vergleich der geplanten Investitionen mit den verwirklichten von 1949 bis 1955 in Prozenten:

Land	Industrie	Schwer- industrie	Leicht- industrie	Landwirt- schaft	Wohnungsbau	Verkehr	Andere a
Bulgarien							
1949–1953							
Geplant	40,0	—	—	17,4	4,5	24,2	18,4
Verwirklicht	47,5	41,3	6,2	15,0	10,0	17,5	10,0
Tschechoslowakei							
1949–1953							
Geplant	55,0	—	—	7,0	10,0	13,0	25,0
Verwirklicht	43,1	37,9	5,2	11,3	9,5	19,5	16,6
Ostdeutschland							
1951–1955							
Geplant	53,8	—	—	6,3	15,0	9,4	30,5
Verwirklicht	52,5	46,6	5,9	9,3	17,1	8,9	12,2
Ungarn							
1950–1954							
Geplant	51,8	—	—	12,9	7,6	11,8	23,5
Verwirklicht	47,0	43,6	3,4	13,8	8,8	12,5	17,9
Polen							
1950–1955							
Geplant	45,4	—	—	12,0	b	14,9	27,7
1950–1954							
Verwirklicht	52,3	45,0	7,3	9,1	10,4	12,8	15,4
Rumänien							
1951–1955							
Geplant	53,4	—	—	10,0	3,3	16,1	20,5
Verwirklicht	62,3	54,9	7,4	10,4	3,8	11,5	12,0
Albanien							
1951–1955							
Geplant	42,6	—	—	13,4	10,0	14,4	29,6

a) Meistens Investitionen für soziale und kulturelle Zwecke (vergleiche Plan mit Planerfüllung!).

b) Inbegriffen in «Andere».

Quellen: Die Pläne und Zycie Gospodarcze, Warschau, 1. November 1956.

Wie aus diesen Statistiken hervorgeht, zeigen sich zwischen Plan und Planerfüllung große Diskrepanzen. Die oben gezeigte Bevorzugung der Industrie in den vorwiegend agrarischen Gebieten hat die Liquidierung der Rückständigkeit auf dem industriellen Sektor zum Ziel. Der ökonomische Zusammenschluß bringt wesentliche Vorteile mit sich. So zeigt sich beispielsweise gegenüber dem Ausland eine genau abgegrenzte Angebotsabstimmung, wodurch auch eine Konkurrenz der Länder untereinander auf dem Weltmarkt vollkommen ausgeschaltet wird. Die Aufträge gehen an die Länder, die die günstigsten Voraussetzungen bieten und Tradition und Erfahrung besitzen. Die östlichen Außenhandelsmonopole sind den nach rein kommerziellen Gesichtspunkten orientierten Betrieben der westlichen Welt oftmals voraus, da diese den Wünschen des Auslands teilweise besser gerecht werden können. So werden beispielsweise schwer absetzbare Güter aus den Entwicklungsländern auf dem Kompensationswege bezogen; dabei spielt es gar keine Rolle, daß diese Güter eventuell mit Defizit weiterverkauft werden. Die Bildung eines einheitlichen technischen Standes durch Standardisierung der Produktion auf der Basis eigener Normen und gleicher technischer Verfahren gehört ebenfalls zu den Zielen der östlichen Koordinationsbestrebungen.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, COMECON, tagt von Zeit zu Zeit in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten. Die letzte Zusammenkunft, an der Vertreter Albaniens, Bulgariens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Ungarns, der Sowjetunion und von ostdeutscher Seite teilnahmen, fand in der Zeit vom 18. bis 25. Mai 1956 in Ostberlin statt. Jugoslawien und China entsandten zu dieser Tagung Beobachter. (Jugoslawien hat auch einen Beobachter bei der westlichen OEEC in Paris.) Mittelpunkt der Erörterungen waren die jetzt angelaufenen Fünfjahrespläne. Auf der Tagesordnung standen die Koordinationsbestrebungen auf den Gebieten Maschinenbau, Feinmechanik und Optik, Eisen- und Buntmetallurgie, Kohle-, Erdöl- und Gasindustrie, chemische Industrie, Leichtindustrie und Landwirtschaft. Es wurden Empfehlungen über die Höhe der Produktion und über die gegenseitigen Lieferungen der wichtigsten Maschinen, Ausrüstungen, Rohstoffe, Brennstoffe und Lebensmittel angenommen. Außerdem wurden Maßnahmen zur weiteren Spezialisierung der Produktion und Fragen der Entwicklung der Rohstoffbasis für Erze und Kohle verhandelt. Erstmalig wurde das Augenmerk auf eine bedeutende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gerichtet, die bisher völlig im Hintergrund stand. Auch Fragen der Erweiterung des Austausches von Elektroenergie zwischen den Teilnehmerstaaten wurden besprochen und ein Programm für die allseitige Ausnutzung der Wasserkräfte der Donau entworfen. Die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit kam gleichfalls zur Sprache. Da über die Tätigkeit des «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe» nur sehr wenig verlautet, ist es schwer, ein allseitiges Bild über den Mechanismus dieser Organisation zu geben. Den Aussagen Chruschtschows auf dem

20. Parteitag konnte aber entnommen werden, daß der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» in den kommenden Jahren bedeutende Aufgaben zu erfüllen haben wird. Die Kooperation und Spezialisierung in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Ostblocks wird in jüngster Zeit stark vorangetrieben. Bezeichnend ist die Tatsache, daß die Absprachen nur zwischen den einzelnen Volksdemokratien vorgenommen werden, während die Sowjetunion nicht daran teilnimmt, sondern alle Industriezweige kontinuierlich weiterentwickelt. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Gefüge die Deutsche Demokratische Republik, die zum Beispiel im Juli 1954 mit Polen ein Abkommen über die Entwicklung der chemischen Industrie getroffen hat. Danach wird Ostdeutschland bis zum Jahre 1960 die chemische und verarbeitende Industrie auf Braunkohlenbasis entwickeln, Polen wird diese Bemühungen unterstützen und seine chemische Industrie auf Steinkohlenbasis ausbauen. Die Deutsche Demokratische Republik wird Polen Ausrüstungen liefern, Facharbeiter und Lizenzen zur Verfügung stellen. Intensiv sind auch die Anstrengungen bei der Errichtung eines einheitlichen Energieversorgungssystems zwischen der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und Polen. Ostdeutschland hat im Rahmen dieser Organisation folgende Aufgaben zu erfüllen: Steigerung der Braunkohlenproduktion, Erweiterung der chemischen Industrie, Steigerung der Produktion in der Eisen- und Buntmetallindustrie, Entwicklung des Kalibergbaues, der Feinmechanik und Optik und Ausbau der Maschinenindustrie; hier vor allem Umstellung auf qualitativ und technisch hochwertige Erzeugnisse. Der Schwermaschinenbau der Deutschen Demokratischen Republik wird in den nächsten Jahren die sozialistischen Staaten mit kompletten Industrieanlagen, besonders mit Zementausführungen, beliefern. In Zusammenarbeit mit Polen und der Tschechoslowakei wurde vereinbart, daß Polen Thermozentralen errichtet, für deren Bau die Tschechoslowakei Ausrüstungen stellt; Polen wird dafür an die Tschechoslowakei hochwertige Steinkohle liefern. Ungarn beliefert die tschechoslowakische Aluminiumindustrie mit Bauxit und erhält umgekehrt von der Tschechoslowakei Ausrüstungen für den Bau einer Fabrik zur Verarbeitung von Tonerde. Zwischen Ungarn und Rumänien wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach Ungarn Maschinen und Einrichtungen für den Ausbau der Soda industrie liefert und beide Länder gemeinsam in Rumänien ein großes Chemie-Kombinat errichten. Zum Ausgleich dafür wird Ungarn rumänisches Erdgas erhalten. Auch hinsichtlich der Spezialisierung der einzelnen Produkte sind Vereinbarungen getroffen worden, so daß ein Land nicht mehr alle Typen einer Kategorie herstellt, zum Beispiel im Automobilbau oder Traktorenbau, sondern sich beispielsweise nur auf die Fabrikation von Lastkraftwagen konzentriert, wie es in Ungarn der Fall ist. Auch auf dem Gebiete der Forschung arbeiten die Oststaaten zusammen. So wurde im Januar 1956 der Forschungsbeirat beim «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» gegründet, dessen Auf-

gabe darin besteht, die Forschungsarbeiten in den Teilnehmerländern zu koordinieren und Forschungsaufträge an die Akademien weiterzuleiten. Die Verrechnung zwischen den einzelnen Ländern erfolgt zu sogenannten stabilen Preisen auf anfangs bilateraler Grundlage. Seit 1955 wurde zwischen den Staaten der multilaterale Verrechnungsverkehr eingeführt.

Die Erfolge des Ostblocks in den Schwerpunktbereichen der Industrie sind nicht zu bestreiten. In den letzten Monaten sind interessante Wandlungen in der Struktur der Sowjetwirtschaft eingetreten. Auf Grund einer Verordnung vom 30. Mai 1956 werden viele Betriebe und Einrichtungen, die bisher den Unionsministerien in Moskau unterstanden, fortan von den Ministerien der Teilrepubliken geleitet. Im Zusammenhang damit wurden zwei Unionsministerien, nämlich diejenigen für Kraftverkehr und Straßenwesen sowie für Binnenschiffahrt, aufgelöst, während die beiden Ministerien für Leicht- und Textilindustrie zu einem einzigen Ministerium für Leichtindustrie vereinigt wurden. Außerdem wurde in acht Ministerien im Zusammenhang mit der Einengung ihres Funktionsbereiches der Apparat und das Personal beträchtlich reduziert. Um die wirtschaftspolitische Tragweite dieser Maßnahmen zu ermessen, ist es angebracht, auf die Unterschiede und die Beziehungen zwischen den Unions- und Republikministerien zu verweisen. Noch bis vor kurzem gehörten die meisten, darunter fast alle wichtigen Betriebe, entweder unmittelbar oder über ihre Hauptverwaltung zu einem zentralen Ministerium. Sie wurden entweder durch ein Unionsministerium geleitet, das für seinen Wirtschaftsbereich die alleinige Verfügungsgewalt auf dem Gesamtgebiet der Sowjetunion ausübt, oder durch ein sogenanntes Unions- und Republikministerium, das die Tätigkeit gleichnamiger und gleichartiger Ministerien der Teilrepubliken koordiniert und leitet, dabei aber bisher die größten und wichtigsten Betriebe des Wirtschaftszweiges in Eigenregie verwaltete. Demgegenüber war nur ein relativ kleiner Teil der Wirtschaft, im wesentlichen die Betriebe der Kleinindustrie und der gewerblichen Genossenschaften, der autonomen Verwaltung durch die Teilrepubliken und den entsprechenden Ministerien dieser Republiken unterstellt. In dieser Beziehung ist durch die jüngste Entwicklung eine wesentliche Änderung eingetreten. Der selbständige wirtschaftliche Verwaltungsbereich der 16 Teilrepubliken der Sowjetunion hat sich beträchtlich erweitert. Durch den erwähnten Erlaß sind alle Betriebe der Lebensmittel-, der Leicht-, der Baustoffindustrie — letztere mit einigen Einschränkungen —, der Holz-, der Papierindustrie, des Kraftverkehrs und der Binnenschiffahrt, ferner sämtlicher Betriebe des Einzelhandels und vieles mehr den Ministerien der Republiken zugeordnet worden. Schon vor einigen Monaten wurde zudem die Leitung von Betrieben der Schwerindustrie, die bis dahin ausschließlich als Domäne der Unionsministerien galt, in die Hände von Republikministerien gelegt. So wurden in der Ukraine ein Ministerium für Eisenhüttenindustrie und ein anderes für die Kohlenindustrie gebildet.

Die Republik Aserbeidschan erhielt ein Ministerium für Erdölindustrie, Kasachstan ein Ministerium für Buntmetalle. Alle zu den genannten Industriezweigen gehörenden Betriebe im Gebiet dieser Republiken wurden ohne Ausnahme in die neugeschaffenen Republikministerien einbezogen.

Der Zug zur *Dezentralisierung* der sowjetrussischen Volkswirtschaft, der sich besonders deutlich in diesen Maßnahmen äußert, ist jedoch damit allem Anschein nach noch nicht abgeschlossen. Vor allem die mit der wirtschaftlichen Entwicklung der asiatischen Teile Rußlands sich befassenden Organe scheinen den unteren Gliedern eine in Zukunft noch größere Selbständigkeit einräumen zu wollen. Daraus sollte nicht geschlossen werden, daß die Macht der höchsten zentralen Wirtschaftsorgane der Sowjetunion gemindert oder, wie an einigen Stellen bereits vermutet wurde, der wirtschaftliche Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen der Sowjetunion bzw. ihren Teilrepubliken gelockert werde. Dadurch, daß Unionsministerien von der zentral schwer zu bewältigenden Verwaltung der Angelegenheiten der einzelnen Betriebe nunmehr endlich entlastet werden, nach Jahrzehntelangem Leerlauf und Sperrungen, erhofft man eine baldige Verminderung der bürokratischen Reibungen, nicht zuletzt bewerkstelligt durch eine auf einigen Sektoren stark ins Gewicht fallende Reduktion der administrativen Positionen. Die Unionsministerien sollen sich jetzt auch besser ihren Hauptfragen zuwenden können, obliegt ihnen doch in erster Linie die Planung der Produktion, der Finanzierung und der Neubautätigkeit sowie die Projektierung neuer Betriebe für den Unionsbereich des jeweiligen Wirtschaftszweiges. Ins Aufgabengebiet der Zentralorgane gehören ferner die Kontrolle der Planerfüllung und die Versorgung der Republikministerien mit Material, Spezialarbeitskräften und technischer Ausrüstung. Stärker als bisher sollen sich die Unionsministerien mit technischen Grundsatzfragen ihrer Fachgebiete befassen und sich in noch weiter auszubauenden wissenschaftlich-technischen Abteilungen mit der praktischen Anwendbarkeit neuer Erfindungen und Erkenntnisse auseinandersetzen. Man wird abwarten müssen, ob der Jahrzehntelang nach streng zentralistischen Prinzipien aufgebaute und gelenkte Riesenapparat der sowjetischen Wirtschaft sich, wie man dies in der Sowjetunion jetzt offenbar wünscht, ohne allzu große Reibungs- und Zeitverluste auf die neue, weithin ungewohnte Linie bringen läßt.

Diese Dezentralisierungsmaßnahmen werden selbstverständlich auch in dem «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe», COMECON, diskutiert. Mehrere der osteuropäischen Staaten sind schon dem Beispiel der Sowjetunion gefolgt und haben mit der Dezentralisierung der Volkswirtschaft begonnen. Manche von ihnen versuchen sogar das jugoslawische System, das sich in mancher Hinsicht bewährte, zu kopieren. So bevorzugt zum Beispiel Professor Oskar Lange, der bekannte polnische Wirtschaftsplaner, der anfangs September in Genf weilte, ganz offen das jugoslawische Dezentralisierungssystem. Er unter-

stützte die nachstehenden Ausführungen des jugoslawischen Politikers Edvard Kardelj: «Als sich, teils als Kundgebungen des Wirkens der inneren sozialistisch-wirtschaftlichen Gesetze und teils unter äußerem Einfluß bei uns (in Jugoslawien) gewisse Erscheinungen einer Bürokratisierung und Verengung der Massenbasis für die Volksmacht zu zeigen begannen, da besaß unsere Kommunistische Partei die Kraft, als erste die Stimme gegen diese Erscheinungen zu erheben und den Kampf gegen sie einzuleiten, zunächst in ihren eigenen Reihen und dann auch im Staatssystem.»

Der aktive Kampf um eine ständige Ausweitung der sozialistischen Demokratie, um die Selbstverwaltung des werktätigen Volkes auf allen Stufen der Staats- und Wirtschaftsorganisation, die organisierte Dezentralisierung, alles dies hat die Entwicklung des jugoslawischen Staatssystems in genau umgekehrte Richtung geführt als in der Sowjetunion; nicht in Richtung auf eine ständige Erweiterung der Massenbasis der Macht, nicht in Richtung auf eine Stärkung, sondern in Richtung auf eine schrittweise Beseitigung einer Einmischung des staatlichen Vollzugsapparates in das Gesellschaftsleben. Die Kontrolle der Werktätigen an der Staats- und Wirtschaftsführung in Jugoslawien wird nicht geringer, sondern größer. Auf dieses Ziel waren alle Änderungen im jugoslawischen Staatssystem in den letzten Jahren gerichtet. Dieser ganze Prozeß der Dezentralisierung verlief und verläuft auch weiterhin in zwei Richtungen: Vertikal im Sinne einer Förderung der größtmöglichen Selbständigkeit und der Übertragung weitreichender Zuständigkeiten auf die staatlichen und sonstigen gesellschaftlichen Grundorgane, und horizontal im Sinne einer Übertragung zahlreicher Gesellschaftsfunktionen vom Apparat der staatlichen Vollzugsmacht auf selbständige gesellschaftliche Selbstverwaltungsorgane. Dies gilt besonders für die Wirtschaft und für die Funktionen der Sozialfürsorge, des Gesundheitswesens und der Volksbildung. Zugleich mit der Dezentralisierung erfolgte aber auch ein absolut notwendiger Demokratisierungsprozeß im System der unteren Staats- und Wirtschaftsverwaltung wie auch in den anderen Gebieten des Gesellschaftslebens. Diese Dezentralisierung hätte im alten Verwaltungssystem zu einer Eigenmächtigkeit der lokalen leitenden Persönlichkeiten, der Direktoren, Sekretäre usw. führen können. Es mußten daher entscheidende und verantwortliche Organe für die Selbstverwaltung durch das Volk geschaffen werden, wobei das Einzelinteresse und das gemeinsame Interesse untereinander auszugleichen waren. Diese Organe hatten sich auf ihre gesetzlich festgelegten Rechte und Pflichten zu stützen und die Arbeit des Verwaltungsrates in jeder Hinsicht zu kontrollieren. Die Arbeiterräte in den Betrieben und sonstigen Wirtschaftsbehörden, die Einwohnerräte im Verwaltungssystem der Volksausschüsse und ähnliche Selbstverwaltungsorgane, die sich auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Gesundheitsfürsorge und des Bildungswesens herauszubilden begannen, stellen nun diese Grundformen der Selbstverwaltung im neuen jugoslawischen

demokratischen Organisationsmechanismus dar. Es ist klar, daß sich das politische Schwergewicht in einem solchen System sehr schnell vom Apparat der staatlichen Vollzugsmacht auf die Vertretungskörperschaften und die kollektiven Selbstverwaltungsorgane der Werktätigen verlagern wird, und das ist im Kampf gegen die Bürokratie das wichtigste. Dies ermöglicht auch, die fachlichen Fähigkeiten des Verwaltungsapparates selbst zu steigern. Dieser Verwaltungsapparat in Staat und Wirtschaft muß aus dem Sozialismus treu ergebenen, anständigen und fachlich befähigten Personen bestehen, die ausschließlich den Vertretungsorganen oder den Selbstverwaltungsorganen der Werktätigen verantwortlich sein sollen. Dies bedeutet nicht, daß die politischen Organisationen der Werktätigen an Zusammensetzung und Arbeitsqualität dieses Apparates desinteressiert sein sollen, aber sie müssen vor allem auf eine Hebung der fachlichen und politischen Qualitäten dieses Apparates hinwirken, und zwar in erster Linie durch ihre Bemühungen um eine lebendige und tägliche politische Kontrolle der über ihnen stehenden entscheidenden und verantwortlichen Vertretungskörperschaften und Selbstverwaltungskörperschaften.

Marx hat einmal gesagt, die Menschen würden sich nur solche Aufgaben stellen, die sie auch lösen könnten. Aber man könnte dem noch hinzufügen, wenn sie sich in Utopien versteigen, dann führt sie die Geschichte schnell wieder auf das richtige Maß zurück, das den historischen Gegebenheiten entspricht, unter denen die betreffenden Generationen wirken.

Dies gilt für uns alle. Wir können nicht weitergehen, als es uns die materiellen Kräfte erlauben, wir können keine idealen Konstruktionen der sozialistischen Demokratie auf dem unentwickelten Boden der materiellen Kräfte schaffen. Wollten wir dies versuchen, erklärt Edvard Kardelj, dann würden wir etwas ganz anderes erreichen, das heißt wir würden den antisozialistischen Kräften einen Gefallen tun, die jede unserer Leichtgläubigkeiten und romantischen Schwärmereien ausnützen könnten, um selbst die schon erreichten Positionen des demokratischen Sozialismus zu schwächen. Auf diesem Wege würden wir selbst zu einem Hemmnis für den wahren sozialistischen Fortschritt werden.

Wir können nicht nur die Weiterentwicklung und Festigung des Kapitalismus verhindern, sondern auch diejenige des Staatskapitalismus und der Bürokratie. Wir dürfen nicht zulassen, daß diese Tendenzen stärker werden und sich zu einer selbständigen Kraft entwickeln. Diesem Ziel muß unser Kampf für die sozialistische Demokratie dienen; und alles, was sich jetzt im Osten abspielt und was zu einer Demokratisierung führen könnte, müssen wir äußerst sorgfältig verfolgen.